

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Ausländische Abonnenten 3 Mk. Die Geschäftsstellen sind in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Rückzahlung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rückzahlung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto drücker.



Bezugspreis: Die 4. und 5. Ausgabe des Monats 20 Goldpfennig, die 6. und 7. Ausgabe des Monats 25 Goldpfennig. Die 8. Ausgabe des Monats 30 Goldpfennig. Die 9. Ausgabe des Monats 35 Goldpfennig. Die 10. Ausgabe des Monats 40 Goldpfennig. Die 11. Ausgabe des Monats 45 Goldpfennig. Die 12. Ausgabe des Monats 50 Goldpfennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 2. — 86. Jahrgang. — Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 4. Januar 1927

Wird der Reichstag aufgelöst?

Von einem politischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die innenpolitische Lage wird wirklich immer verwirrer. In einem Neujahrsartikel hat der Vorsitzende der Sozialdemokratie, der Reichstagsabgeordnete Müller (Franken), nichts anderes gefordert als eine Regierungskoalition vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie, dauernd unterstützt durch die Deutsche Volkspartei, ohne daß diese in der Regierung selbst vertreten sei. Sonst bliebe nichts als die Reichstagsauflösung.

Man weiß allzu genau, daß derartige Artikel herzlich wenig mit der praktischen Politik zu tun haben, vielmehr im allgemeinen nur dazu dienen, dem — Wähler allerhand vorzuzerzählen. Die Sozialdemokratie ist nämlich bemüht, die Fäden, die ihr Verschlag, den Rücktritt des Kabinetts Marx zu verlangen, zerrissen hat, wieder anzuknüpfen. Man will alle die Geschnitzte ungeschehen machen, würde es aber lieber sehen, wenn das neue Kabinett durch Dr. Brüch gebildet würde. Um ein Schlagwort zu gebrauchen: ein solches Kabinett trüge den Charakter der „Reimarer Koalition“, aber, da es nur über eine Minderheit im Reichstag verfügen würde, bedürfte es der dauernden Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei, die allerdings in der Person ihres Parteivorsitzenden, Dr. Stresemann, wahrscheinlich im Kabinett vertreten wäre. Freilich nicht parteimäßig, sondern als Sachminister.

Das Zentrum wäre ebenso dafür zu haben wie die Demokratische Partei. Diese hat jedoch erst in Sachsen erklärt, nicht mit den Deutschnationalen eine Regierung bilden zu wollen, so daß man auch in diesem Lande jetzt, nach zwei Monaten, schon wieder mit einer Neuwahl zum Landtag rechnet. Will man die Neubildung des Kabinetts im Reich überhaupt parteimäßig aufheben, so liegt alles in der Hand des Zentrums. Dort sind die Ansichten aber immer noch nicht geklärt; der Parteivorsitzende Marx und mit ihm die überlegende Mehrheit der Partei lehnt es ab, mit den Deutschnationalen zusammenzugehen, verhält also auf dem Standpunkt, der ja letzten Endes die ganze Krise herbeigeführt hat. Selbst ein Mann wie Stegerwald, der früher eine scharfe antisozialdemokratische Einstellung hatte, ist jetzt trotz jener Ereignisse im Reichstag ein Befürworter des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Das Zentrum hat ja 1925 ein Kabinett unterstützt, in dem auch deutschnationale Minister saßen, dabei aber immer betont, daß es sich parteimäßig nicht daran gebunden betrachte. Damals sahen Dr. Brauns als Reichsarbeits- und Dr. Frenke als Reichsjustizminister, also zwei Zentrumsmitglieder, im Kabinett. Aber jetzt hat man es fast offiziell abgelehnt, eine Regierung auch nur zu unterstützen, die etwa von den Deutschnationalen bis zur Wirtschaftspartei reiche.

Was eigentlich werden soll, wenn das Zentrum auf diesem Standpunkt verharrt, weiß wirklich kein Mensch, weil auch der Plan eines „Beamteneinministeriums“ auf stärksten Widerstand stößt, auch damit nicht zu rechnen ist, daß die Deutsche Volkspartei ein Kabinett mit Einschluss und führendem Einfluss der Sozialdemokratie jetzt noch unterstützt. Angesichts dieser verzwickten Situation wird immer offener von einer Reichstagsauflösung gesprochen, obwohl man sich dabei durchaus nicht verheißt, daß bei diesem Experiment vielleicht gar nichts herauskommt. Denn nur schlagkräftige Wahlparolen können einen Reichstag wese nlich umgestalten und eine solche Parole ist nirgends zu entdecken. Als letzte Hoffnung bleibt noch das Eingreifen des Reichspräsidenten. Jemand eine Regierung müssen wir ja doch haben und sie zu schaffen ist auch möglich, wenn die Fraktionen des Reichstages, besser gesagt, ihre Führer sich nur ein wenig dieser Notwendigkeit anpassen vermöchten. Es wäre dann besser, man ließe eine solche irgendwie geartete Regierung erst einmal regieren, als durch ein fanatisches Beharren auf allen möglichen „Grundsätzen“ eine geordnete Staatsfähigkeit unmöglich zu machen und den Reichstag aufzulösen.

Ein neuer Befahrungszwischenfall.

Mit Erschießung gedroht.

Am Sächsischen hielten ein französischer Unteroffizier und zwei Soldaten in betrunkenem Zustand in Rehl einen Arbeiter vom Rade herunter und nahmen ihn in die Fahrradlaterne fort, angeblich, weil er sich über sie lustig gemacht habe. Einen zweiten Radfahrer wollten die Franzosen ebenfalls vom Rade herunterreißen; dieser entkam jedoch, worauf sie ihm mit Erschießen drohten. Auf die Anzeige des ersten Arbeiters hatte inzwischen die französische Gendarmerie die Verfolgung der Täter aufgenommen. Diese wurden auch bald gefasst und nach einer körperlichen Untersuchung, bei der bei einem der Soldaten die Laterne vorgefunden wurde, festgenommen und auf die Wache gebracht. Dort ergingen sie sich in wüsten Beschimpfungen der Deutschen.

„Echo de Paris“ stellt eine Umfrage an über eine frühere Nennung des Rheinlandes. Sept

Frankreichs „neue Politik“

Von Versailles nach Locarno

Zwei Briand-Interviews.

Das „Journal“ veröffentlicht ein Interview, das Außenminister Briand einem der Mitarbeiter des Blattes gewährte. Briand erklärte, die Politik von Locarno sei das Inverserhalten des Vertrages von Versailles. Ihr Hauptverdienst sei, den Vertrag von Versailles, von dem man erklärt habe, daß er durch Gewalt erzwungen worden sei, durch eine diesmal freiwillig zugestandene Abmachung bestätigt zu haben. Müste man denn wiederholen, daß durch den Pakt von Locarno Deutschland formal die Grenzen des Vertrages anerkenne und sich verpflichte, keine Gebietsänderung, jedenfalls nicht mit Gewalt, zu versuchen? Sei das denn nichts? Er sei der Ansicht, daß die Tatsache, daß ein System der Gewalt durch ein juristisches ersetzt sei, nicht außer acht gelassen werden dürfe, wenn man sich für den Frieden interessiere. Seiner Ansicht nach biete ein derartiges System, was man auch sagen möge, solide Friedensgarantien.

Zur Annäherungspolitik erklärte Briand, eine Annäherung sei nichts Leichtes. Der geringste Zwischenfall löse eine Polemik aus. Dies gelte auch für den bedauerlichen Zwischenfall von Landau. Man habe ihn ausbeuten wollen. Aber sobald Frankreich die Bequandigung der Beurteilten vorgenommen habe, hätten die Polemiken aufgehört. Das sei daraus zur Zufuhr, daß in Deutschland und in Frankreich doch manches anders geworden sei. Um dieses zu erkennen, brauche man nur darauf hinzuweisen, was sich bezüglich der Vaterländischen Verbände und der Reichswehr im Reichstage abgespielt habe. Man brauche ferner nur auf die für beide Länder vorteilhaften wirtschaftlichen Abmachungen hinzuweisen. Das sei eben eine neue Politik, die Gestalt annehme.

Briand drückte im übrigen seine Überzeugung aus, daß in Europa eine Entspannung zu verzeichnen sei. Ein System der Schiedsgerichtsbarkeit ersetze das System der Gewalt. Auf die Frage des Mitarbeiters des „Journal“, ob Deutschland Frankreich den Krieg erklärt haben würde, wenn ein derartiges System im

Jahre 1914 bestanden hätte, antwortete Briand mit Nachdruck: „Niemals!“

Um aber den Frieden zu wahren, genüge es nicht, davon zu sprechen und bei jeder Gelegenheit zu proklamieren, daß man ihn wünsche. Man müsse energisch wollen und organisieren. Das hindere übrigens nicht, daß alle gewünschten Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Man möge wohl glauben, daß er keine außer acht lasse. Ohne die Politik von Locarno sei möglicherweise ein Krieg zu befürchten. Wenn zwei Völker wie Frankreich und Deutschland in Zukunft sich weiter gegeneinander gestellt hätten, was wäre dann geschehen? — Es käme verhängnisvollerweise zu einem Konflikt. Eine Politik, die zu derartigen Verhältnissen führen würde, würde er nicht betreiben. Sie läße ihn Abscheuen ein.

Friedensrüstung in Europa.

Auch der Außenpolitiker des „Matin“, Jules Sauerwein, veröffentlicht in seinem Blatt ein Interview, das ihm Briand anlässlich des Jahreswechsels gewährte. Briand gab dem Vertreter des „Matin“ einen Rückblick auf die politischen Ereignisse des Jahres 1926 und erklärte, dieses Jahr habe in Europa eine Friedensrüstung geschaffen, die zwar die Zwischenfälle, die das Leben der Völker von Zeit zu Zeit in besorgniserregender Weise erschüttern, nicht ganz verhindern, die aber trotz allem ein beachtliches solides Werkzeug gegen die Gefahr des Krieges bilde.

Vom deutsch-italienischen Vertrag denke er nicht schlecht. Der Vertrag füge sich in das allgemeine Friedenssystem ein, dessen qualifizierter Garant der Völkerbund sei. Auf die französisch-italienischen Zwischenfälle eingehend, erklärte Briand, er halte diese für vorübergehende Erscheinungen. Das einzige Mittel, die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten, sei, sich entschlossen aus Wert zu machen. Dies sei der Leitgedanke der Friedenspolitik, die er mit allen seinen Kräften, solange er die Verantwortung für die Beziehungen Frankreichs zu den anderen Nationen trage, verfolgen werde.

wird ein Schreiben Clemenceaus veröffentlicht, der sein Bedauern äußert, dem Wunsch des Blattes, sich zu dieser Frage zu äußern, nicht nachkommen zu können. Ich komme aus der Zeit, in der die Journalisten dem Publikum ihre Ansichten vortragen, anstatt das Publikum darüber zu befragen. Wenn ich übrigens unter den traurigen Umständen, die wir durchleben, glauben würde, etwas Nützliches sagen zu können, so würde ich nicht warten, dazu aufgefordert zu werden. Ich habe mich vor nicht langer Zeit in dieser Lage befunden. Schließlich lege ich auch weniger Wert auf das, was die Deutschen sagen, als auf das, was sie tun.

Die neue mexikanische Delgesetzgebung.

Amerikas Nitaragua-Politik.

Die neuen mexikanischen Gesetze sind mit dem 1. Januar 1927 in Kraft getreten. Präsident Calles hat in seiner Neujahrsbotschaft nochmals seine Politik begründet und dabei erklärt, er werde auch in Zukunft an der von ihm bisher geführten Ausrüstungspolitik festhalten.

Der Kongress, der zu einer Sonderung zusammengetreten war, sprach Calles nach einer häufig von großen Beifallsstürmen unterbrochenen Sitzung das Vertrauen aus. Der Führer der Farmer im Kongress, Coto y Gama, protestierte gegen die Aktion der Wall Street und die Maßnahmen der amerikanischen Oligarchen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das amerikanische Volk in seiner Gesamtheit mit dieser Politik nicht einverstanden sein werde. Ganz Südamerika sehe im Streit um Nitaragua auf seinen Mexikos. Der Kapitalisteneinbruch in Nitaragua zwingt seiner ganzen Aufmerksamkeit nach den Beobachter zu der Fragestellung, ob die Vereinigten Staaten feinerzeit in den Weltkrieg eingetreten seien, um die Sache des Rechts und der schwächeren Staaten zu verteidigen, oder ob nicht doch der Wunsch nach Erschließung neuer Märkte maßgebender gewesen sei. Die gegenwärtige Stunde sei wieder sehr kritisch. Gama erklärte, er glaube nicht an einen Krieg mit den U. S. A. Über Mexiko werde seine Ehre zu schützen wissen. Der Arbeiterabgeordnete Marinés hielt eine ähnlich scharfe Rede gegen die U. S. A. Er erklärte, Nitaragua führe seinen Freiheitskrieg.

Präsident Diaz gegen Reg. o.

Der verstimmte Coolidge.

Der Staatspräsident der konservativen Regierung von Mexiko, Diaz, veröffentlicht eine Erklärung, in der er die Behauptung aufstellt, die mexikanische Re-

gierung habe eine neue Expedition ausgerüstet, um Waffen und Munition sowie Flugzeug und militärisches Personal nach Nitaragua zu bringen. Die zum Schutze des Lebens und Eigentums amerikanischer Bürger vorgenommene Landung amerikanischer Seesoldaten in Nitaragua bedeute keineswegs eine Begünstigung seiner Regierung.

Präsident Coolidge gab nach einer Besprechung mit Staatssekretär Kellogg über die Opposition gegen die Entsendung amerikanischer Seesoldaten nach Nitaragua der Presse zu verstehen, daß eine wohlwollendere Mitarbeit an der amerikanischen Außenpolitik erwünscht und erforderlich sei, da andernfalls im Ausland Mißverständnisse hervorgerufen werden könnten. Als Beispiel hierfür wurden die bereits dementierten Gerüchte über angebliche Schritte Amerikas zwecks Aneignung Sowjetrußlands zitiert. „New York Herald and Tribune“ meldet, Coolidge sei stark verstimmt über die Kritik die die Nitaraguapolitik des Weissen Hauses seitens verschiedener Senatoren erfahren habe.

Die in Santiago de Chile erscheinende Zeitung „El Nacion“ schlägt vor, daß die südamerikanischen Staaten in der Nitaraguafrage ihre guten Dienste anbieten sollten.

Der Schwarzmeer-Express entgleist.

8 Tote, großer Materialschaden.

Wenige Stunden vor Anbruch des neuen Jahres entgleiste der Schwarzmeer-Expresszug Bukarest—Konstanza, der von nach Hause zurückkehrenden Fahrgästen, hauptsächlich Studenten und Schülern, überfüllt war. Das Unglück ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs Trajan in der Dobrudscha. Mehrere Waggons wurden zertrümmert. Von den Fahrgästen wurden acht Personen, darunter ein Eisenbahnbeamter, getötet. Nach zuverlässigen Ermittlungen ist das Unglück auf ein böswilliges Attentat durch unbekannte Täter zurückzuführen.

Fälschlich des Mordes bezichtigt.

Erpressungsversuch an dem Industriellen Himmelsbach.

Der Freiburger Holzindustrielle Dr. h. c. Hermann Himmelsbach, Mitglied des Ausschusses der bekannten Holzfirma, Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Ehrenvorsitzender des Süddeutschen Industriellenverbandes, ist das Opfer eines Saurerfreichers geworden, der soweit glückte, daß eine Voruntersuchung wegen Anstiftung zum Mord gegen ihn eingeleitet worden ist. Durch falsche eidesstattliche Versicherung eines